

- 2 -

jemen exportiert hauptsächlich Mokka-Kaffee, Qatblätter zum Kauen, Baumwolle, Häute und Felle. Da in den letzten Jahren die Kaffeepflanzungen durch das Qat ersetzt wurden, weil dieses dem Land mehr und vor allem laufend Geld einbringt, fällt die Kaffeeproduktion von Jahr zu Jahr. Die Bemühungen der Regierung, das Qat-Kauen nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus gesundheitlichen Überlegungen einzudämmen, sind erfolglos verlaufen, da diese Gewohnheit zu stark im Volk verankert ist.

Auf industriellem Gebiet sind lediglich die chinesische Textilfabrik in Sana'a und die Steinsalzwerke in Salif nennenswert. Das Handwerk, insbesondere das Kunsthandwerk liegt seit der Ausweisung auf Druck Nassers von 60'000 jemenitischen Juden brach.

Im Aussenhandel sind nur etwa 12% der Importe durch entsprechende Exporte gedeckt. Das Staatsbudget weist seit Jahren grössere Defizite auf, die nur durch Mittel aus dem Ausland gedeckt werden können.

Obschon das Land für den Tourismus noch nicht erschlossen ist, und es an den notwendigen Hoteleinrichtungen fehlt, fielen mir dieses Jahr erstmals kleinere organisierte Gruppen von ausländischen Touristen auf.

Der Aussenminister bestätigte auch mir gegenüber, dass die wirtschaftliche Lage z.Zt. sehr prekär und die Regierung für jede Hilfe äusserst dankbar sei.

Politisches

Die drei Mitglieder des Republikanischen Rates, Präsident Abdul Rahman Yehia El Iriani und die beiden Vizepräsidenten Ali Osman und Abdullah Ahmad Al-Hajri (letzterer ist gleichzeitig Ministerpräsident) sind als sehr konservativ bekannt. Im Kabinett, dessen Mitglieder zum grossen Teil aus der Regierung Al-Ainis

./.

- 3 -

übernommen worden sind, sitzen neben den hergebrachten konservativen Elementen einige fortschrittliche und sogar linksgerichtete Minister.

Die Scheiche und die Stämme im Norden sind nach wie vor royalistisch gesinnt, sie anerkennen die Autorität der Zentralregierung nicht und wollen nichts von ihr wissen. Gewisse Gegenden nur 15 km von der Hauptstadt entfernt dürfen von Regierungsvertretern, Ausländern und Experten internationaler Organisationen gar nicht betreten werden. Die Scheiche ziehen dort wohl die Steuern der Bevölkerung ein, liefern diese jedoch der Regierung nicht ab. Diese Stämme wollen auch nichts von technischer Hilfe wissen und weigern sich, auf ihrem Gebiet z.B. neue Brunnen für Trinkwasser erstellen zu lassen; sie ziehen vor, dass 95% der Bevölkerung weiterhin an Krankheiten leiden, die auf verunreinigtes Wasser zurückzuführen sind.

So ist es nicht besonders erstaunlich, dass die Bemühungen der Regierung, eine Infrastruktur für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu bilden durch die Opposition der Stämme - die auch im Parlament (Consultative Council) vertreten sind - oft im Sand verlaufen. Es ist daher auch verständlich, dass die Regierung die grösste Mühe hat, in der Frage der Wiedervereinigung infolge der Verweigerung einer Zusammenarbeit der Scheiche weiterzukommen.

Im Vergleich zu meinem letztjährigen Besuch hat sich die innenpolitische Lage verschlechtert, sie ist undurchsichtig geworden, und es herrscht sowohl in Regierungskreisen wie auch in der Bevölkerung eine gewisse Unruhe. Der Verkehr zwischen den Städten wird durch die Armee kontrolliert, ab 21h00 dürfen in den Städten keine Taxis mehr zirkulieren, und ab 23h00 herrscht Ausgangsverbot für die Einheimischen. Sana'a wird während der Nacht militärisch besonders stark bewacht - auch die Hotels - während

./.

- 4 -

am Tag zahlreiche kleinere motorisierte Militärdetachements patrouillieren. Es wird vor allem befürchtet, dass regierungsfeindliche Stämme während der Dunkelheit Streifzüge in die Stadt unternehmen.

Aussenpolitisch bemüht sich Nordjemen, mit möglichst vielen Staaten normale diplomatische Beziehungen aufzunehmen und - sofern möglich - technische und finanzielle Hilfe, welche es dringend benötigt, zu erhalten.

Die Beziehungen Sana'as mit Saudi Arabien sind z.Zt. eher gespannt. In Jemen ist man verärgert und wirft König Faisal vor, dass er die regierungsfeindlichen Stämme des Nordens finanziell grosszügig unterstützt, während die Leistungen an die Regierung nur spärlich erfolgen und grösstenteils zum Bau von Moscheen bestimmt sind.

Die UdSSR hat in letzter Zeit in Nordjemen einen Prestigeverlust erlitten und ist sich dessen bewusst. Auch hat sie weitere Lieferungen von Anlagen, Munition, Waffen und Ersatzteile dazu eingestellt. Die grobe sowjetische Propaganda, die sie in Nordjemen betrieben hat, entspricht nicht dem Temperament dieses Gebirgsvolkes. Beispielsweise sind die Wegweiser auf der durch sie erbauten Strasse von Hodeida nach Taz sowie diejenigen der Reparaturstellen russischer Autos in kyrillischer Schrift angebracht, was im Lande niemand entziffern kann.

Erbost ist man in Sana'a auch über die Handlangerdienste, welche Angehörige der irakischen Botschaft bieten, indem sie für die Russen die Kabinettsmitglieder, wichtige Geschäftsleute und die westlichen Diplomaten überwachen.

China geniesst nach wie vor grosses Ansehen. Nach der Fertigstellung der Gebirgsstrasse Hodeida-Sana'a ist es daran, durch chinesische Arbeiter eine neue Strasse von Sana'a nach Sad'ah

./.

- 5 -

(in Richtung Saudi Arabien) zu bauen. Ferner unterhält es eine Textilfabrik und eine Internats-Gewerbeschule. Die Chinesen sind sehr diskret, mischen sich nicht unter die einheimische Bevölkerung, die sich auch sehr lobend über sie ausspricht.

Nach der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Vereinigten Staaten im Sommer 1972 sind diese daran, Projekte, die vor Abbruch der Beziehungen begonnen wurden, wieder aufzunehmen: Pumpstationen und Hilfe auf dem landwirtschaftlichen Sektor. Politisch verhalten sich die USA in Jemen sehr zurückhaltend, es geht ihnen vorallem darum, zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beizutragen.

Unter den europäischen Staaten bemühen sich besonders England und die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der technischen Hilfe.

Die arabischen Staaten unterhalten im allgemeinen gute Beziehungen mit Nordjemen und tragen auch zur Entwicklung bei: Insbesondere fällt Kuwait durch grosszügige finanzielle Hilfe auf.

Mit Aden sind die Beziehungen - trotz der Verhandlungen von Kairo und Tripoli - gespannt, da keines der beiden Länder Vertrauen in das andere hat. Nordjemen macht besonders das immer stärker ausgebaute extremistische Regime Sorgen, dessen Intentionen als unaufrichtig gewertet werden. Nach Angaben des amerikanischen Botschafters in Sana'a sollen vor einiger Zeit in Aden kubanische Instrukturen für Guerillakämpfe eingetroffen sein, die sowohl bei der Polizei wie in den Offiziersschulen eingesetzt sind. Die Guerillatätigkeit und die Infiltration soll nicht nur - wie bis anhin im Dhofar - erfolgen, sondern auch in Richtung Nordjemen geplant sein.

./.

- 6 -

Wiedervereinigung

Der Optimismus, welcher die Unterzeichnung der Abkommen von Kairo und Tripoli hervorrief, hat einigen Zweifeln an der Wiedervereinigung der beiden Jemen Platz gemacht. Die in den Abkommen festgelegten Termine über die Arbeit der acht Spezialkommissionen, der Unterbreitung der gemeinsamen Verfassung, die Abstimmungen und Wahl der Volksvertreter können auf keinen Fall eingehalten werden. Bis heute arbeiten nur die Verfassungs- und die Wirtschaftskommission. Nach den mir durch den Aussenminister gemachten Angaben geht es im Nordjemen vorerst darum die politische Infrastruktur für eine Vereinigung zu schaffen, d.h. politische Parteien zu gründen. Man ist der Ansicht, dass der linksextremen Einheitspartei des Südens eine starke Partei entgegenzustellen ist, und man denkt dabei an eine sozialistische Einheitspartei. Die Regierung und die Politiker stehen nun vor dem Dilemma, entscheiden zu müssen, welcher Sozialismus zu wählen ist: englischer Labour, schwedischer-, deutscher-, französischer- oder arabischer Sozialismus. Ferner muss darüber entschieden werden, welches demokratische Regime bei der Vereinigung vorzuschlagen ist. Dieser Prozess nach der Suche einer adäquaten politischen Struktur kann wegen der in Nordjemen herrschenden Verhältnisse Monate, wenn nicht Jahre in Anspruch nehmen.

Was nun die Chancen einer Wiedervereinigung anbetriift, werden diese in Sana'a als gering, auf 10-20%, geschätzt. Der Grossteil der unter äusserst primitiven Verhältnissen lebenden Bevölkerung steht einer Vereinigung mit arabischer Passivität gegenüber, hat sich keine Meinung gebildet und harret der Dinge, die da kommen sollen.

In den massgebenden Schichten des Volkes lassen sich anhand meiner Erhebung eine Vielfalt von Argumenten für und gegen eine Wiedervereinigung feststellen:

./.

- 7 -

F ü r die Vereinigung sind:

- die kommunistischen Zellen: insbesondere die jungen Leute, welche in Ostdeutschland oder in Sana'a in der chinesischen Internats-Gewerbeschule oder Textilfabrik ausgebildet werden;
- die unter dem Einfluss der syrischen oder irakischen Baas stehenden Gruppen;
- die progressiven Gruppen und Politiker - wie der frühere Ministerpräsident Al-Aini - von welchen mehrere selbst das politische Regime Adens annehmen würden;
- junge Leute ohne politische Färbung, die von der Wiedervereinigung eine gerechte Verteilung des Vermögens, die Aufhebung der Privilegien der Scheiche, Ulemas und Kadis erwarten;
- nach dem Norden geflüchtete "Südisten" (Geschäftsleute, Scheiche, usw.), die hoffen, wieder in den Besitz der in Aden entschädigungslos eingezogenen Vermögenswerte zu gelangen;
- fortschrittlich eingestellte Kabinettsminister, die durch die Wiedervereinigung die Verwirklichung ihrer politischen Ambitionen in Aussicht sehen;
- Gruppen der Bevölkerung, die aus arabisch-islamischen Ueberlegungen für eine Vereinigung mit ihren "Brüdern" und Familien sind;
- bedeutende Gruppen, die weder mit der jetzigen Regierung, der miserablen jemenitischen Bürokratie, noch mit den im Norden herrschenden Verhältnissen zufrieden sind, und vom Bilde des "gerechten" Regimes des Südens beeindruckt sind;

./.

- 8 -

- bedeutende Teile der Bevölkerung, die sich aus der Wiedervereinigung eine Verbesserung ihrer Situation und eine wirtschaftliche Entwicklung des Landes versprechen;
- China, welches auf lange Sicht betrachtet, eine Ausdehnung des extremistischen Regimes des Südens auf den Norden erwartet und daher durch Bildung der materiellen und menschlichen Infrastruktur (Strassen, Ausbildung von Jugendlichen im Gewerbeinternat, etc.) dazu beiträgt. Der chinesische Botschafter sieht eine Wiedervereinigung erst in späteren Jahren, da der Norden politisch noch nicht bereit ist;
- diejenigen Gruppen, welche in der Vereinigung eine gute Kombination des entwickelten Südens und des in Entwicklung stehenden Nordens sehen.

G e g e n die Vereinigung sind:

- die Stämme im Norden, denen noch royalistische Ideale vorschweben, und die sich der Tatsache bewusst sind, dass sie durch die Wiedervereinigung der bedeutenden finanziellen Leistungen König Faisals verlustig gehen würden;
- die Scheiche, welche die Autorität der Zentralregierung nicht anerkennen, und welche bei einer Vereinigung ihre Rolle als kleine Könige nicht mehr spielen könnten;
- die konservativen und royalistischen Kreise und Politiker, in denen das politische System Adens Befürchtungen wachruft;
- mehrere konservative Mitglieder der Regierung u.a. der "superkonservative" Ministerpräsident Al-Hajri;
- die wichtigen vermögenden Geschäftsleute, die unter einer Vereinigung mit der Enteignung ihrer Firmen zu rechnen hätten;

./.

- 9 -

- nach dem Norden geflüchtete "Südisten", die das Regime von Aden miterlebt haben;
- die Ulemas, die unter dem Einfluss Saudi Arabiens stehen und aus religiösen Gründen gegen das atheistische Aden sind;
- die "Nordisten" - von Natur aus mehr konservativ - welche von jeher gegen den weltoffeneren und fortschrittlichen Süden sind;
- ein Teil der Bevölkerung, der von den strengen Massnahmen des Regimes in Aden gehört hat, und nicht gewillt ist, sich diesem zu unterstellen;
- die UdSSR, weil sie befürchtet, dass die 800'000 Bewohner Adens durch die 6 Millionen Nordjemeniten unter ein nicht-kommunistisches System gebracht würden. Auch hat sie die Lieferung von Waffen und Ersatzteilen an Nordjemen eingestellt.

Zurück zum alten Regime

Wie mir der Aussenminister sagte, würden gewisse Stämme und Scheiche im Norden sich für eine Wiedervereinigung aussprechen, wenn diese unter der Herrschaft eines Imams erfolgen könnte!

Der Fächer der Pro- und Kontra-Argumente ist so breit, dass es schwierig ist, sich ein klares Bild der politischen Willensbildung der Bevölkerung und der Regierung über die Wiedervereinigung zu machen. Ich glaube, dass man z.Zt. selbst in Regierungskreisen - infolge der verschiedenen Ansichten und der gegenseitigen Opposition der Minister - nicht klar sieht. Der Aussenminister hat mir gegenüber auch angedeutet, dass man vielleicht in einem halben

./.

- 10 -

Jahr eher in der Lage sein werde, die Richtung aufzuzeichnen, in welcher sich die Vereinigung bewege. In politischen Kreisen Adens bestehe die Ueberzeugung, dass der Süden seine Herrschaft - mit Hilfe extremistischer Elemente, Politikern und Kabinettsmitgliedern Sana'as - auch in Nordjemen ausüben könne.

Der Schweizerische Botschafter

H. Hasanovic